

Gegen Schluß des Dokuments präzisieren die Bischöfe noch einmal das – prinzipiell positive – kirchliche Verständnis der nicaraguanischen Revolution, wie sie es in früheren Stellungnahmen, vor allem in dem Hirtenbrief vom 17. November 1979, getan hatten. „Als Christen wollen wir – und haben es auch bereits gefordert – schwerwiegende und tiefgreifende Veränderungen. Wir sind radikal, aber keine Ex-

tremisten. Wir fordern revolutionäre Veränderungen. Aber wir müssen uns immer wieder fragen: Welche Revolution wollen wir? ... Die Kriege werden von den Mächtigen geführt und finanziert ... Die Revolutionen macht das Volk, großzügig und opferbereit, um zu größerer Menschenwürde zu gelangen ... Mit diesem Volk und mit dieser Revolution sind wir.“

Nach diesem „Notenwechsel“ zwi-

schen Kirche und Staat in Nicaragua stellt sich die Frage nach der Wirkung. Kann das Wort der Bischöfe, was beabsichtigt war, die gefürchtete totalitäre Entwicklung verhindern helfen, oder beschleunigen sie den Prozeß mit ihrer Stellungnahme zu einem Zeitpunkt, da das Regime der bürgerlichen Opposition, das heißt allen Nicht-Sandinisten, jeden politischen Einfluß zu entziehen versucht.

G. B.

Entwicklungen

Mehr Risiken als Chancen

Zur Entwicklung in Polen

Die Vorgänge in Polen verdienen schon deswegen größte Aufmerksamkeit, weil sie weltpolitische Auswirkungen haben können. Ob in Europa die Entspannungspolitik bzw. letztlich sogar der Friede erhalten bleiben, wird gegenwärtig vor allem in Polen entschieden. Die Entwicklung in Polen könnte darüber hinaus auch für die kommunistische Theorie und Praxis nachhaltige, noch nicht absehbare Auswirkungen haben.

Wenn man die gegenwärtige Situation beurteilen und Schlußfolgerungen ziehen will, so muß man die Vorgeschichte der Ereignisse beachten. Hier seien nur einige Faktoren in Erinnerung gerufen:

– Als Folge *innenpolitischen Drucks* (Streiks und begrenzte Auflehnungen bereits 1956, 1970 und 1976) konnte sich Polen (nach Ungarn) zu einem der freizügigsten kommunistischen Länder entwickeln. Die meisten Polen hatten das Recht zu Auslandsreisen, westliche Druckerzeugnisse einschließlich Zeitungen waren frei erhältlich, im kulturellen Bereich gab es relativ wenig Reglementierungen.

– Polen wurde 1980 zum Land mit den größten *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* im Warschauer Paktbereich. Selbst bei Grundnahrungsmitteln waren die Versorgungsmängel umfangreich und lang anhaltend. Schuld an dieser Misere war nicht nur das Mißmanagement staatlicher Planbürokratie sowie die Erhöhung der Weltmarktpreise und Mißernten, sondern auch Schlendrian und Korruption sowie eine teilweise recht bedenkliche Arbeitsmoral. Der Abbau unvertretbar gewordener Subventionen sowie Bemühungen um einen halbwegs ausgeglichenen Staatshaushalt führten zu beträchtlichen Preissteigerungen und zugleich – da man mehr exportieren mußte, um Auslandsschulden abzutragen – auch zu größeren Ver-

sorgungsschwierigkeiten. Der Alltag der Bevölkerung ist bedeutend härter geworden. Da nicht wenige polnische Bürger durch Besuche im Westen, in der DDR oder auch in der ČSSR Vergleichsmöglichkeiten haben, werden die Unzulänglichkeiten im eigenen Land noch drastischer empfunden.

– Verglichen mit anderen kommunistischen Führungen war die polnische einerseits konzilianter, liberaler und nationalbetonter, andererseits wurden aber auch in stärkerem Maße Schlamperei und Korruption hingenommen. Während man sich in einigen anderen kommunistischen Staaten nicht scheute, Fachleuten, auch wenn diese sich nicht zur Partei bekennen, gewisse Führungspositionen anzuvertrauen, war man in Polen diesbezüglich ängstlich. Arbeiter und Intellektuelle, die unbequem waren, lebten zwar meist in Freiheit, aber in materieller Not, weil man sie nicht beschäftigte.

Selbstkritische Deutungen

Zur Erklärung der Vorgänge der letzten Monate gibt es recht bemerkenswerte selbstkritische Deutungen aus Polen selbst, verbunden mit Andeutungen eines Auswegs. Eine Analyse des polnischen Soziologen *Wladyslaw Markiewicz* ist wohl am beachtenswertesten, zumal man diese als offiziös ansehen darf, weil sie von der Warschauer Staatsagentur „Interpress“ verbreitet wurde: „Die Arbeiterunruhen waren ein massenhafter und verzweifelter Protest gegen die bürokratisch-technische Entartung des Verwaltungssystems, die seit langem spürbar war und auch von der Partei verurteilt war. Jede derartige Bewegung hat in der Regel mehrere Dimensionen.“ Markiewicz führt an, daß solche Unruhen nicht wie ein Blitz aus heite-

rem Himmel kommen, sondern nur dann sich Echo verschaffen können, wenn eine „revolutionäre Situation“ entstanden ist, an der die Menschen zur Einsicht gelangt sind, daß es sich in der alten Ordnung nicht mehr weiterleben läßt. Markiewicz gesteht ein, daß es in Polen eine starke Wirtschaftskrise verbunden mit einer Desorganisation der grundlegenden Volkswirtschaftszweige und dem Zweifel an der Fähigkeit und dem bewußten Willen zur Sanierung gab.

„Im gesellschaftlichen Empfinden verstärkte sich die Überzeugung, daß die Lebensbedingungen den Versprechungen zum Trotz von Jahr zu Jahr systematisch schlechter wurden. Gleichzeitig nahm die Gruppe der Privilegierten zu, die ihr Einkommen aus illegalen Quellen schöpfen und sich ein Luxusleben leisten konnten.“ Das Gefühl verletzter sozialer Gerechtigkeit wird als wichtiger Grund für die Unzufriedenheit und Bedrohung der Arbeiter genannt, ebenfalls aber auch die langweilige, wahrheitswidrige, die Menschen letztlich verhöhnende Erfolgspropaganda, die ein Vertrauensverhältnis untergrub.

„Verheerend naiv und tadelnswert blind wäre die Meinung, daß irgendeine Massenbewegung der Werktätigen durch erfahrene Verschwörer mit teuflischer Perfektion vorbereitet und organisiert werden könnte – wenn eine objektive Grundlage nicht vorhanden ist: der autonom entstandene geschlossene Gemeinschaftswille, die alte Praxis der Leitung zu beseitigen. Einer derartigen gesellschaftlichen Massenbewegung werden sich immer einzelne Menschen oder auch kleinere oder größere Gruppen anschließen, spontan – oder auch aus Berechnung –, welche diese Bewegung bewußt oder unbewußt in Bahnen lenken wollten, die mit den Absichten und Ausgangspositionen der Bewegung nicht übereinstimmen oder ihnen sogar widersprechen.“

Nach den Vorstellungen von Markiewicz könnte durch Beachtung folgender Punkte ein katastrophaler Entwicklungsweg vermieden werden:

„Wichtig ist nur, daß wir weiterhin entschlossen sind, alle Konflikte zwischen Staatsmacht und Bürgern im Dialog, durch gegenseitige Zugeständnisse, sogar durch Streit und Auseinandersetzung zu lösen, aber nie mit Gewalt. Gegenwärtig suchen wir nach institutionellen Garantien derartiger Lösungen. Es wird nicht leichtfallen, sich die bequemen Nomenklatur-Formen der politischen Leitung des sozialistischen Staates abzugewöhnen und sie durch Methoden der Überzeugung der Massen zu ersetzen. Aber auch die Gesellschaft, in deren Augen die Partei viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat, wird sich aufs Neue daran gewöhnen müssen, daß es ohne die Partei keinen vernünftig eingerichteten Staat geben kann.“

Es waren also auch nach offiziöser polnischer Einschätzung Massenstreiks berechtigt und die Bedingungen dafür „ideal“. Das Besondere der polnischen Streikbewegung war: Sie beschränkte sich von Anfang an nicht auf rein wirtschaftliche Forderungen. Und es gab eine zielstrebige besonnene Führung unter Beratung von Intellektuellen. Sie verlief in vorbildlicher Disziplin. In Danzig wurde jede

Ausschreitung und jede offenkundige Provokation der Staatsmacht vermieden. Die Streikenden gingen nicht auf die Straße, sondern blieben in den Betrieben. Aufgrund eigener Beschlüsse wurde der Alkoholkonsum in den bestreikten Betrieben untersagt. Die Danziger Streikbewegung endete mit einem bislang in kommunistischen Staaten nicht für möglich gehaltenen Sieg der Streikenden. Das, was auf den Danziger Werften erreicht wurde, ist zwischen Elbe und Ussuri bisher einmalig: Das verbriefte *Streikrecht* und die Zulassung einer *unabhängigen, nicht von der Partei geführten Gewerkschaft*.

Die Zubilligung des Streikrechts und die Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft, die sich nicht mehr als „Transmissionsriemen“ der kommunistischen Partei versteht, tangiert aber nach klassisch marxistisch-leninistischem Selbstverständnis bereits die zentrale Frage der Macht. Damit wurde nämlich der Einfluß einer regierenden kommunistischen Partei im wichtigen Feld der Verbindung zur Arbeiterklasse erheblich vermindert. Neben der faktischen Anerkennung der nationalen Rolle und der moralischen Autorität der katholischen Kirche und einer nicht kollektivierten Landwirtschaft erhielt die kommunistische Ordnung in Polen durch Existenz unabhängiger Gewerkschaften und der Sicherung des Streikrechts eine weitere beachtenswerte nationale Besonderheit.

So etwas wie ein „historischer Kompromiß“

Die Danziger Arbeiter haben das historische Verdienst, faktisch einen *neuen Gesellschaftsvertrag* durchgesetzt zu haben. Bisher galt als unumstößlicher Grundsatz, daß die Interessen von Arbeitern und kommunistischem Arbeitgeberstaat identisch seien. Erstmals wurde nun ein Streikführer anerkannter Verhandlungspartner eines kommunistischen Staates und Vertragsunterzeichner sogar vor den Augen der Fernsehkameras. In einer Situation beispiellosen Machtverfalls mußte die kommunistische Führung Polens die überbetriebliche Streikleitung in Danzig – ein Gremium, das es offiziell gar nicht geben durfte – als Verhandlungspartner akzeptieren und den zugestandenen unabhängigen Gewerkschaften eine partielle Teilnahme an der Macht einräumen.

Dieses Ergebnis wurde zunächst jedenfalls nicht nur möglich durch eiserne Disziplin der Arbeiter, sondern auch durch Besonnenheit sowohl der Streikenden wie der Regierenden. Die Streikenden in Danzig waren klug genug, kein einziges Mal die Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt in Frage zu stellen. Die Streikenden wollten zwar mehr Rechte und eine bessere Versorgung, aber nicht den Umsturz, die Beseitigung oder die ernsthafte Gefährdung der kommunistischen Staatsmacht. Beide Seiten vermieden die gewaltsame Konfrontation, indem die Streikenden nicht die Betriebe verließen und die Regierung darauf verzichtete, die bestreikten Betriebe zu besetzen bzw. mit Gewalt gegen Streikende vorzugehen.

Faktisch könnte man nach der Danziger Vereinbarung von einer Art „*historischem Kompromiß*“ in Polen sprechen, sofern sich dies als eine Lösung auf Zeit bewährt. Der ehemals stellvertretende ungarische Ministerpräsident *András Hegedüs* sagte dazu in einem Interview mit dem ‚Spiegel‘ (25. 8. 80):

„Die osteuropäische Machtstruktur einerseits und die osteuropäische Opposition andererseits stehen vor einem großen geschichtlichen Kompromiß. Die Machthaber müssen darauf verzichten, wie bisher jede Bewegung sofort integrieren zu wollen. Sie müssen autonome Organisationen erstmals gesetzlich zulassen. Gleichzeitig muß die Opposition sich selbst beschränken. Sie muß auf die traditionellen Ziele der Politik – auf die Erringung der Macht, ja sogar auf die moralische Infragestellung der derzeitigen Macht von vorneherein verzichten. Mehr noch: Sie muß auch auf das Fernziel der Bildung einer eigenen politischen Partei verzichten und sich damit begnügen, die verschiedenen Institutionen der Machtstruktur zu kontrollieren.“

Hegedüs kommt zu dem Schluß, daß den Kommunisten bei Ausschlagung eines historischen Kompromisses nur zwei Möglichkeiten verbleiben: „Entweder kommt es zu einem Neo-Stalinismus, den keiner will, oder es kommt zu einer immer dichteren Folge gesellschaftlicher Erschütterungen bis zum vollständigen Zusammenbruch des Systems.“

Bislang hat sich die neue kommunistische Führung Polens allerdings konzessionsbereit gezeigt. Der Beschluß des Obersten Polnischen Gerichtshofes, die Satzung der Gewerkschaft „Solidarität“ unverändert zu billigen (in der jetzt die führende Rolle der Kommunistischen Partei nur indirekt, im Zusammenhang mit dem Bekenntnis zur Verfassung anerkannt wurde), wurde von der polnischen Führung nachdrücklich, aber auch mit Auflagen gebilligt. Der polnische Ministerpräsident *Pinkowski* führte am 11. November 1980 in Lodz aus:

„Mit Befriedigung haben wir zur Kenntnis genommen, daß das Oberste Gericht gestern dem Revisionsantrag der ‚Solidarität‘ gegen das Urteil des Woiwodschaftsgerichts stattgegeben und die Registrierung des Verbandes angenommen hat. Die während der Registrierung angenommenen Dokumente und die Anlage des Danziger Abkommens zum Statut haben klargestellt, daß der Verband auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung Polens und der konstitutionellen Prinzipien unserer Staatlichkeit agieren werde. Wir alle sind uns dessen bewußt, daß eine weitere erfolgreiche Entwicklung des Landes die Geschlossenheit aller gesellschaftlichen Kräfte unter der führenden Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die mit den politischen Parteien des Landes zusammenarbeitet, erfordere. Heute mehr denn je brauchen wir die Geschlossenheit der Kräfte des Volkes für die Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten. Dafür braucht unser Staat Ruhe und Stabilität.“

Im Vordergrund jener Rede des neuen polnischen Ministerpräsidenten stand der Appell zur Konsolidierung sowie die Forderung nach wirtschaftlicher Stabilität und vor allem die Wiedererrichtung eines normalen Arbeitsrhythmus. Weitere Streiks bezeichnete er als „völlig unverantwortlich“. Bemerkenswert ist, daß der polnische Ministerpräsident im Zusammenhang mit der Äußerung von Befriedi-

gung über das Urteil des Obersten Gerichts auch deutlich machte, was die Partei- und Staatsführung vom Gewerkschaftsverband „Solidarität“ erwartet:

„Die Regierung möchte vorteilhafte Bedingungen schaffen für die Entwicklung einer Zusammenarbeit mit der gesamten Gewerkschaftsbewegung, sowohl mit den Branchen-Verbänden als auch mit der ‚Solidarität‘... Grundlegende Voraussetzung für eine entsprechende Zusammenarbeit ist, daß die ‚Solidarität‘ im Leben des Landes eine positive Rolle übernimmt. Voraussetzung ist, daß der ideologische Standpunkt des neuen Gewerkschaftsverbandes deutlich und unmißverständlich umrissen wird. Es darf und kann keine Zweifel darüber geben, daß die ‚Solidarität‘ auf dem Boden der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung Polens steht, daß sie durch ihre tagtägliche Arbeit gewillt ist, zur Festigung und Entwicklung dieser Gesellschaftsordnung beizutragen...“

Die polnische Führung steht somit unter einem *doppelten Druck*: auf der einen Seite das polnische Volk, auf der anderen Seite der „große Bruder“ und die Führungen der anderen kommunistischen Staaten, die die Entwicklung in Polen mit großem Argwohn verfolgen und auf Abschottungskurs gehen. Wie aus vorstehendem Zitat hervorgeht, markiert aber auch die polnische Führung bereits deutliche Positionen. Eine „destruktive“ Rolle von „Solidarität“ wird sie nicht tolerieren können.

Gratwanderungen des Episkopats

Die Ereignisse in Polen sind nicht zu verstehen, ohne die besonnene stabilisierende Rolle der katholischen Kirche zu berücksichtigen. Die Kirche unter Führung ihres Primas, Kardinal *Wyszynski*, bringt den berechtigten sozialen und wichtigen politischen Anliegen der arbeitenden Bevölkerung zwar Verständnis entgegen, doch mahnt sie – zur Enttäuschung mancher politisch engagierter Katholiken – sehr eindeutig zu Besonnenheit. Aus Gründen des Allgemeinwohls verhält sie sich betont *staatsbewußt*. Die katholische Kirche nimmt dabei bewußt Mißverständnisse und Verdächtigungen in Kauf. Wenn man davon ausgeht, daß zwischen Katholizismus und Kommunismus unüberbrückbare Gegensätze existieren, so ist es für manche eigentlich unverständlich, daß die katholische Kirche nicht die Schwäche der kommunistischen Staatsmacht aktiv ausnutzt und sie nicht die unzufriedenen Volksteile zur Schwächung des kommunistischen Regimes ermuntert. Vor die Alternative gestellt, sich für die Beseitigung der kommunistischen Ordnung zu engagieren oder ordnungsstabilisierend zu wirken, entschied sich der polnische Episkopat aus übergeordnetem nationalem Interesse für Letzteres.

Er betreibt damit freilich *keine Kollaboration*. Die Kirchenführung will gerade in der gegenwärtigen innenpolitischen Konfrontation zwischen der kommunistischen Staatsmacht einerseits und der Gewerkschaftsgruppe Solidarität und anderen nicht kommunistischen Gruppierungen Unabhängigkeit bewahren, um im Interesse der Nation ausgleichend wirken zu können und um anerkannter Ordnungsfaktor zu bleiben.

Die Aussagen von Kardinal *Wyszynski* gleichen in dieser Beziehung einer Gratwanderung zwischen der Sympathie für die neue Bewegung und der Einsicht in die politischen Notwendigkeiten, die ja auch in mehreren Begegnungen zwischen Arbeiterführer Walesa und dem Kardinal zum Ausdruck kam.

„Wenn es jemals dieser unserer Mithilfe bedurfte, dann gerade jetzt, da die Nation zum Bewußtsein ihrer Verantwortung gelangt, also ihrer Pflichten und Rechte im Vaterland. Das alles verlangt, wie wir wissen, Klugheit und Besonnenheit sowie den Geist des Friedens und der Arbeit, ohne den keine echte Lösung der Situation möglich ist, mögen die angeführten Gründe auch noch so richtig sein ... Vergessen wir nicht, unter welcher Mühe wir nach 125 Jahren Knechtschaft die Freiheit gewannen. Wenn wir zuviel Zeit für Zwist und Hader im eigenen Haus verschwendeten, dann drohte uns und unserer Freiheit wiederum große Gefahr ...“

Die Berufsarbeit ist nämlich ein Mittel der Selbstverwirklichung der Person. Dazu sind moralische Antriebe erforderlich. Heute schimpfen wir oft auf die Unzuverlässigkeit verschiedener gesellschaftlicher und beruflicher Institutionen; der eine Arbeitsbereich macht dem anderen Vorwürfe. Wir können die schlechten Ergebnisse der Arbeit und des Wirtschaftens hier aufzählen, von Bummelanten reden, verschiedenste mißlungene Arbeiten beklagen. Wir können verdammen und die Verantwortung auf einen anderen Beruf abschieben. Doch denken wir daran, wie wir unsere eigenen Berufspflichten erfüllen? Was wir zum gesellschaftlichen Leben und zur Volkswirtschaft beitragen? ...

Wenngleich der Mensch ein Recht auf Erholung hat, wenngleich er manchmal – wenn es keine anderen Mittel gibt – ein Recht besitzt, seinen Standpunkt geltend zu machen, auch wenn er dabei der Arbeit fernbleibt, so wissen wir doch, daß dies ein sehr teures Argument ist. Die Kosten dieses Arguments gehen in die Milliarden; sie belasten die ganze Volkswirtschaft und schlagen wie ein Bumerang auf das Leben der ganzen Nation, der Familien und eines jeden Menschen zurück ...

Auch im öffentlichen Leben ist es so, daß man warten muß. Vergessen wir nicht: Wir sind eine Nation, die noch vieles braucht. Über Trümmern sind wir zur Freiheit gelangt. Noch als neuerannter Warschauer Bischof ging ich zu meiner Konkathedrale über Berge von Schutt. Das wiedergeborene Polen hat mit Geduld und durch Arbeit Warschau, Gdańsk, Wrocław, Poznań und viele andere, dem Erdboden gleichgemachte Städte wieder aufgebaut“ (zitiert aus: „Polen – Freie Gewerkschaften im Kommunismus?“ *rororo* aktuell, Nov. 1980, S. 152 ff.).

Ähnliche Positionen bezog auch der *Zentralrat des polnischen Episkopats*. In einer Erklärung des Rates vom 27. August 1980 heißt es unter anderem:

„Die Spannungen können allein in einer Atmosphäre der Ruhe und inneren Ordnung wirkungsvoll beigelegt werden.

Der Zentralrat des Episkopats spricht sowohl den streikenden Arbeitern und ihren Komitees als auch der Regierung die Anerkennung dafür aus, daß sie es nicht zu einer Erschütterung der öffentlichen Ordnung kommen ließen. Das beweist bürgerliche und politische Reife.

Die bisherige Haltung läßt hoffen, daß im Interesse der gesamten Nation die umstrittenen Probleme in einem sachlichen Dialog zwischen den gebildeten Streikkomitees und den Delegationen der polnischen politischen und regierenden Instanzen eine Lösung finden.

Eine schnelle Lösung dieser Probleme ist das Gebot der Stunde. Daher soll dieser Dialog die Bereitschaft auszeichnen, Lösungen

zu finden, die von beiden Seiten akzeptiert werden können. Die Polen müssen sich untereinander verständigen, um im eigenen Hause ihre Probleme selbst lösen zu können“ (ebd., S. 162).

Den gleichen Grundton der Mäßigung zeigte der Primas – trotz starker Sympathien für die Ziele von „Solidarität“ – bei der Begegnung mit Spitzenvertretern der neuen Gewerkschaften am 10. November, als *Wyszynski* u. a. erklärte: „Wenngleich ihr verschiedene Versuchen politischen Natur haben mögt, so denkt daran, daß euer erstes Ziel die Verwirklichung beruflich-sozialer Aufgaben ist ... die Verteidigung der werktätigen Menschen ...“

Neben der Unterstützung der Ziele der neuen Arbeiterbewegung, fehlte es auch nie an Meldungen, die Arbeiter selbst möchten ihre Pflichten gegenüber der Nation erfüllen. So hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Bischöfe nach deren Herbstvollversammlung vom 15. und 16. Oktober: „Die Bischöfe teilen die Sorgen, von denen heute die Werktätigen erfüllt sind. Sie unterstützen sie moralisch und verteidigen ihre billigen Rechte. Gleichzeitig drücken sie die Überzeugung aus, daß alle nach Anerkennung der Rechte der Werktätigen, nach Regelung des Status der neuen Gewerkschaften mit gesteigerter Energie und Begeisterung ihre Pflichten auf allen Gebieten der Arbeit und des Lebens unserer Nation erfüllen werden.“ Und: „Alle Polen wollen sich als Herren im eigenen Hause fühlen. Man muß jedoch auch die Umstände von Ort und Zeit beachten. Deshalb müssen unsere Handlungen umsichtig und so beschaffen sein, daß sie die gesellschaftliche Disziplin und Ordnung sichern.“

Wieweit der Episkopat zu gehen bereit war und wie prekär von diesem die Situation des Landes Anfang Dezember nach deutlicher Verschärfung sowjetischer Drohungen eingeschätzt wurde, zeigt das von der gemischten Kommission von Regierung und katholischen Episkopat herausgegebenen Communiqué vom 9. Dezember, in dem von beiden Seiten eindringlich gemahnt wurde, es gelte nun konkrete Arbeit zu leisten und offene Gespräche zu führen, aber auf keinen Fall Schritte zu unternehmen, die die Spannung zusätzlich anheizen könnten. Diesem an sich schon ungewöhnlichen Appell fehlte es nicht an dramatischen Akzenten: Gerade jetzt sei „die Einheit aller Polen ohne Rücksicht auf weltanschauliche oder politische Unterschiede nötig, um die Existenz des souveränen Staates sicherzustellen und aus der bestehenden Krise herauszukommen“.

In gleicher Richtung gingen auch wiederholt Bemühungen des Papstes, der in vielen öffentlichen Erklärungen seit Ausbruch der polnischen Krise zum Ausdruck brachte, wie stark er an den Vorgängen in seinem Heimatland teilnimmt.

In Polen ist gegenwärtig nur die katholische Kirche halbwegs anerkannte moralische Autorität, wenngleich ihr mäßigender Kurs bei manchen politischen engagierten Katholiken inzwischen umstrittener ist und ihre Ratschläge und Bitten in zunehmendem Maße ignoriert werden. Es ist anzunehmen, daß der Kurs des polnischen Episkopats von den Sowjets als berechenbar und ord-

nungserhaltend eingeschätzt wird. Wenn es der Staats- und der Kirchenführung nicht gelingen sollte, stetigen weitergehenden Forderungen bzw. Aktionen – wie größeren Streiks – zu begegnen, dann wird sich der Druck der anderen Warschaupaktstaaten auf Polen erhöhen.

Klassische Warnungen

Die Sowjetunion hielt sich zunächst mit Kritik und Drohungen ziemlich zurück. Von Anfang an aber um so deutlicher waren die Stimmen aus Ostberlin, Prag, Budapest und sogar aus Bukarest. Der Angriff konzentriert sich auf die unabhängigen Gewerkschaften und deren Führer Walesa. Doktringerecht werden diese unabhängigen Gewerkschaften als „antisozialistisch“, als „Wegbereiter einer schleichenden Konterrevolution“ sowie Walesa als „Entspannungsfeind“, der mit dem Westen Kontakte knüpft, hingestellt. Die tschechische Gewerkschaftszeitung „Prace“ hat die Theorie über die Unabhängigkeit und Neutralität der Gewerkschaft im Sozialismus als „schädlich und unannehmbar“ bezeichnet. Die Bemühungen zur Bildung „neutraler“, „unabhängiger“, „freier“, „im wesentlichen konterrevolutionärer Gewerkschaften“ dienten nicht den Interessen der Arbeiterklasse. Diese seien nur ein „Werkzeug westlicher Subversion und der Konterrevolution“.

Der maßgebliche außenpolitische Sprecher des Kreml, *Leonid Samjatin*, erwähnt in jüngster Zeit kontinuierlich, daß nicht nur Wirtschaftsschwierigkeiten, sondern auch eine „subversive Tätigkeit des Westens“ die komplizierte Lage in Polen geschaffen habe. Die Diversions- und Propagandakampagne, die aus dem Westen fließenden Millionen Dollar seien auf die Schaffung einer Opposition gegen die sozialistische Ordnung gerichtet. Es erfolge ein Paktieren der inneren und äußeren antisozialistischen Kräfte. Diese eindeutigen Vokabeln sind klassische Warnungen im Sinne: so nicht, ihr befindet euch auf abschüssiger Bahn, ihr seid auf dem Wege zum Verrat. Würde die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ den Führungsanspruch der Partei ignorieren, sich als Gegengewicht zur Partei profilieren und eine „destruktive Rolle“ (Förderung weiterer Streik- und Protestaktionen) spielen, dann wäre eine *letzte Auseinandersetzung um die Frage der Macht* unausweichlich.

Die Führung der kommunistischen Partei Polens bemüht sich indessen, in vielfältiger Weise deutlich zu machen, daß es kein Zurück zu den Verhältnissen vor September 1980 geben wird und daß sie willens und fähig ist, verschiedene Übel zu beseitigen. Außerdem versucht die Staatsführung, ihre Grundlage etwas zu erweitern, so zum Beispiel zog sie den katholischen Wirtschaftsprofessor *Jerzy Ozdowski* in die Regierungsverantwortung und ernannte ihn zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Diese Ernennung wurde allerdings sowohl in Kreisen der neuen Gewerkschaft „Solidarität“ als auch in der authentischen katholischen ZNAK-Gruppe mit Überraschung registriert. *Ozdowski* war bis vor wenigen Wochen Vorsitzender des Posener Klubs der katholischen Intelligenz und wurde zur

Gruppe ODISS (einer von der ZNAK-Gruppe abgespaltenen Gruppe) gerechnet. Zwar hat sicherlich der Sekretär der Polnischen Bischofskonferenz, *Bronislaw Dabrowski*, zur Übernahme des Regierungsamts seine Zustimmung gegeben, doch sollte man dies nicht ohne weiteres als neuen Akt der Verständigung zwischen Kirche und Partei bzw. als ein Einschwenken der Kirche auf die jetzige Regierungslinie deuten. Die Partei versuchte es hier zweifellos nicht einmal auf besonders geschickte Weise mit einem katholischen Aushängeschild. Ob es ihr nutzt, ist mehr als fraglich.

Wichtig für die Entwicklung in Polen ist Beruhigung und Stabilisierung. Nur dann können die Erfolge der politischen Streiks vom August 1980 Bestand haben und eine Art historischer Kompromiß lebensfähig sein. Zur Zeit scheinen die radikaleren Kräfte stärker zu sein. Es gelingt ihnen, in „Solidarität“ immer neue, weitergehende Forderungen zu stellen. Dabei könnte es bald an die Substanz des kommunistischen Herrschaftssystems gehen. Die mittels Streikandrohung durchgesetzte Freilassung von *Narvzina* und *Sapielo*, denen man die Veröffentlichung eines geheimen Rundschreibens des Generalstaatsanwalts vorwirft, ist praktisch eine partielle Kapitulation, ein faktischer Fußtritt für Staatsanwaltschaft und Sicherheitsorgane.

Von den tragenden Kräften ist die Partei die schwächste

Die Lage ist gegenwärtig also recht kompliziert. Eine Schlüsselrolle haben weiterhin: die kommunistische Partei- und Staatsführung mit ihren Organen und Anhängern, der Moskau im Nacken sitzt und deren Vertrauen bei den Massen nach eigenem Bekunden völlig erschüttert ist; die katholische Kirche, die aber gerade durch die jüngsten Entwicklungen an Einfluß verloren hat und deren unterer Klerus und verschiedene Laien beschwichtigende politische Äußerungen der Bischöfe zu mißbilligen beginnen; die Gewerkschaft „Solidarität“, in der gegenwärtig aber ein schwieriger Differenzierungsprozeß sich abzuspielen scheint.

Alle drei Gruppierungen verfolgen letztlich *unterschiedliche Ziele*. Die katholische Kirche bemüht sich weiter um Ausgleich. Um Schlimmeres zu verhüten, toleriert sie die kommunistische Staatsmacht gerade in dieser ihrer Schwächephase. Für dieses Verhalten steht nationale Motivation im Vordergrund, aber es kann nicht übersehen werden, daß der polnische Episkopat auch einer demokratischen Massenbewegung und einem unabhängigen Engagement katholischer Laien skeptisch gegenübersteht. Vor dem August dieses Jahres war die katholische Kirche die einzige nicht-kommunistische Kraft im Lande von Gewicht. Sie war auch für politisch Unzufriedene Orientierungs- und Anziehungspunkt. In einer pluralistischen Gesellschaft Polens würde der Einfluß des Episkopats zweifellos schwächer.

Von den drei Gruppierungen ist gegenwärtig die kommunistische Partei- und Staatsführung die schwächste. Sie

steht trotz mehrmaliger Umbesetzungen in ihrem Führungsgremium buchstäblich mit dem Rücken zur Wand und hat zwangsläufig den geringsten Manövrierspielraum. Immerhin werden jetzt schon durch regionale Streikaktionen Partei- und Staatsorgane in verschiedenen Regionen unter massiven Druck gesetzt: Erzwingung von Haftentlassungen sowie von Absetzungen mißliebiger Funktionäre. Verschiedentlich ist es schon schwer, Personen zu finden, die bereit sind, als neue Partei- bzw. Staatsfunktionäre zu wirken. Ohne nüchterne Erkenntnis einer gegebenen Interventionsgefahr und der bisher mäßigen Rolle der katholischen Kirche wäre die vom polnischen Volk weitgehend isolierte morsche kommunistische Partei Polens schon von der Macht verdrängt worden. Die Plenartagung des ZK, auf der der ehemalige Parteichef *Gierek* und die früheren Ministerpräsidenten *Jaroszewicz* und *Babiuch* aus der Partei ausgeschlossen wurden und der einstige Führer der Partisanengruppe und alte Gegenspieler von *Gierek*, *Moczar*, ins Politbüro zurückkehrten, endete mit einem nochmaligen „Appell zur Vernunft“. Polen sei in Gefahr, „wirtschaftlich und moralisch zerstört“ zu werden. „Das Schicksal der Nation und des Landes hängt in der Schwebe.“ Die neugeschaffene Form der selbstverwalteten Demokratie dürfe nicht gegen den sozialistischen Staat eingesetzt werden. Und noch am Rande dieser ZK-Tagung erklärte der Verantwortliche für die Pressearbeit, *Klasa*, daß die polnische KP sich veranlaßt sehen könnte, eine militärische Hilfe der Verbündeten des Warschauer Pakts zu fordern, falls der sozialistische Staat in die Gefahr geraten sollte.

Wenn es der gegenwärtigen Führung Polens auch nach ihrer Umgruppierung in der ersten Dezemberwoche sowie ihrem beschwörenden Appell nicht gelingen sollte, den allgemeinen Machtzerfall zu stoppen und ihre Führungsautorität allmählich wiederherzustellen, dann wird die Lage äußerst kritisch.

Die Interventionsschwelle ist hoch

Wenn sich die Lage nicht beruhigt, ist letztlich nur mit zwei möglichen Auswegen zu rechnen: Entweder das polnische Militär als eine noch intakte, auch innenpolitisch einsetzbare Ordnungsmacht übernimmt die Macht im „nationalen Interesse“. Oder die Sowjetunion interveniert in Form einer „Hilfsaktion“ der Warschauer-Pakt-Staaten. Über eines gibt es sicher keinerlei Illusionen: Die sowjetische Hegemoniemacht wird ein Ausscheiden von Polen, das „zur unmittelbaren Sicherheitszone der sozialistischen Weltmacht Sowjetunion gehört“ (eine Formulierung, die bei polnischen, DDR- und sowjetischen Spitzenfunktionären in letzter Zeit des öfteren auftaucht), aus dem Warschauer Pakt und aus der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht hinnehmen. Die Sowjetunion würde einer auch nur teilweisen Verdrängung der polnischen Kommunisten aus der Staatsführung oder irgendeiner anderen „Errosion des Sozialismus“ nie tatenlos zusehen. Sie würde trotz Afghanistan einschreiten. Im Zusammenhang mit Streikandrohungen und partiellen befristeten Streiks

im Transportwesen wurde öffentlich darauf hingewiesen, daß damit nicht nur nationale Interessen, sondern auch der Transitverkehr gefährdet würden. Dies würde Grundinteressen der Sowjetunion tangieren. Immerhin befinden sich in Polen die wichtigsten Eisenbahnverbindungen der Sowjetunion zu den in der DDR und ČSSR stationierten Truppen.

Die Sowjetunion würde bereits bestimmte Auslandskontakte der „Solidarität“ oder etwa den Versuch, sich dem Bund Freier Gewerkschaften anzuschließen, nicht nur als „gefährlich“, sondern als beginnenden *Verrat* werten. Da Polen aber faktisch eine Insel zwischen der Sowjetunion, der ČSSR und der DDR ist und die Rote Marine auch die Nordgrenze Polens kontrollieren kann, hat die Sowjetunion allerdings auch unterhalb einer militärischen Intervention einen breiteren Spielraum als in Ungarn, der ČSSR oder in Afghanistan, der angesichts der katastrophalen polnischen Wirtschaftslage noch stärker ins Gewicht fallen könnte. Schließlich wird Polen fast ausschließlich von der Sowjetunion mit Erdöl versorgt. Nicht erst eine offene Wirtschaftsblockade oder das harte Pochen auf Erfüllung polnischer Lieferverpflichtungen würde katastrophale Auswirkungen haben, sondern bereits das Abstandnehmen von neuen zusätzlichen Lieferungen aus anderen Comecon-Staaten hätte schlimme Folgen.

Auch ein anderer Faktor hat Gewicht: Im Unterschied zu Budapest 1956 und Prag 1968 gibt es innerhalb des polnischen Politbüros hinsichtlich der Verbundenheit zur Sowjetunion und der Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt bislang keine offenkundigen Schwankungen. Aus der Sicht der Sowjets ist die kommunistische Führung Polens gegenwärtig zwar schwach, aber sie befindet sich nicht auf dem Weg des Verrats gegenüber der Führungsmacht. Unter diesen Umständen kann nicht ausgeschlossen werden, daß vor einer etwaigen sowjetischen Intervention das polnische Militär aus nationalem Interesse als innenpolitischer Ordnungsfaktor Macht ausüben könnte, um eine Intervention der Sowjetunion zu vermeiden.

Im Augenblick, wo dieser Bericht abgeschlossen wurde (11. Dezember), hat sich die unmittelbare Gefahr einer Intervention nochmals etwas gemildert. In einem Kommuniqué über das Gipfeltreffen der Partei- und Staatschefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember wurde zunächst die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, „daß die Kommunisten, die Arbeiterklasse, die Werktätigen des Bruderlandes Polen imstande sein werden, die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden und die weitere Entwicklung des Landes auf sozialistischem Weg zu sichern“. Es wurde jedoch bekräftigt, daß „das sozialistische Polen, wie die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und das polnische Volk fest mit der brüderlichen Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages rechnen können“.

Daß „brüderliche Solidarität“ nicht nur verstärkte Wirtschaftshilfe bedeuten, sondern ggf. auch die Mitwirkung bei der Niederwerfung „konterrevolutionärer antisozialistischer Kräfte“ bedeuten kann, war klar.

Herbert Prauß